



MEDIENMITTEILUNG

Schweizer Sicherheits- und Wehrindustrie droht weitere Erosion

Zürich, 31. Oktober 2018 – Die Wehrtechnik-Industrie nimmt zur Kenntnis, dass der Bundesrat heute beschlossen hat, auf die erwartete Anpassung der Kriegsmaterialverordnung (KMV) zu verzichten. Der Bundesrat hatte eine Anpassung der KMV aus sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Überlegungen als notwendig erachtet. Mit dem heutigen Entscheid bleibt die nachteilige Situation der Sicherheits- und Wehrindustrie gegenüber der direkten Konkurrenz bestehen.

Die Sicherheits- und Wehrtechnik-Industrie bedauert, dass die politische Diskussion für die Anpassung der KMV nicht mit der notwendigen Sachlichkeit geführt werden konnte und bedankt sich beim Bundesrat, dass er die sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Bedürfnisse für eine Anpassung der KMV erkannt und unterstützt hat.

Perspektiven erhalten

In seinen kürzlich angepassten «Grundsätzen des Bundesrates für die Rüstungspolitik des VBS» hat der Bundesrat klar festgehalten, dass die sicherheitsrelevanten Schwerpunkttechnologien (Informations-, Kommunikations- und Sensortechnologien) in der Schweiz erhalten und gestärkt werden sollen, damit die Abhängigkeit vom Ausland minimiert werden kann. Ebenso strebt der Bundesrat in der Schweiz zur Unterstützung einer einsatzfähigen Armee den Erhalt der industriellen Kernfähigkeiten und Kapazitäten an. Die Sicherheits- und Wehrtechnik-Industrie begrüsst diese Grundsätze und hofft, dass dadurch entsprechende Perspektiven für Aufträge im In- und Ausland geschaffen werden.

Für weitere Informationen:

Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik
Postfach 2407
8021 Zürich 1
E-Mail: mail@asuw.ch

Nationalrätin
Corina Eichenberger
Co-Präsidentin
Tel. 079 330 40 49

Ständerat
Isidor Baumann
Co-Präsident
Tel. 079 388 39 33

Nationalrat
Jean-François Rime
Co-Präsident
Tel. 079 230 24 03

Der Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik (asuw) ist eine Interessengruppe für die Schweizer Sicherheits- und Wehrtechnikindustrie. Ihm gehören rund siebzig Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft an. Der asuw setzt sich für gesetzgeberische und politische Rahmenbedingungen ein, welche der Industrie eine wirtschaftliche Existenz in der Schweiz ermöglichen. Dazu gehört insbesondere ein Exportregime, das sich an den Regeln und der Praxis der europäischen Partnerstaaten orientiert.